



Rede von
Guido van den Berg MdL

zum Antrag:

**Lebenswert, innovativ und klimafreundlich:
Zukunftsfähige Entwicklung des Rheinischen
Reviers strategisch gestalten!**

der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen
Drucksache 17/4104

am Mittwoch, 14. November 2018

**im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(im Plenarprotokoll 17/39)**

www.guido-vandenberg.de

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Plonsker. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege van den Berg.

(Zuruf von der SPD)

– Entschuldigung, für die SPD-Fraktion. – Das kam von mir. So weit sind wir noch nicht, Herr Kollege.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr van den Berg.

Guido van den Berg (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, würde ich gerne etwas zur CDU-Fraktion sagen.

Vizepräsident Oliver Keymis: So soll es sein.

Guido van den Berg (SPD): So soll es sein. – Ich will als Erstes bemerken: Ich glaube, die Darstellung, die einen hätten die ganz genialen Ideen und die anderen bauten beim Strukturwandel nur Murks, bringt uns nirgendwo weiter. Frau Kollegin Plonsker, wenn Sie sich die Arbeit der ZRR – früher IRR –, die vor Ort im Strukturwandel geleistet wird, genauer anschauen, werden Sie größte Schnittmengen von Projekten finden, die dort in den letzten Jahren erarbeitet worden sind – auch unter SPD-Verantwortung, auch mit einer SPD-Landesregierung. Sie sollten vielleicht ein bisschen vorsichtiger sein, automatisch immer nur eine Einordnung in Kästchen vorzunehmen. Denn letztendlich geht es um eine Jahrhundertaufgabe.

Es geht um einen Transformationsprozess, der in dieser Region gelingen soll: Deswegen sollten wir alle einladen, die gute Ideen haben. Ich finde es gut – ich sage das ausdrücklich –, dass die Fraktion der Grünen heute einen entsprechenden Antrag eingebracht hat. Wir beraten später am Tag auch noch zwei weitere Anträge von uns. Es ist mir an dieser Stelle extrem wichtig, deutlich zu machen, wo wir Schnittmengen haben.

Frau Brems, Sie haben völlig zu Recht dargestellt, dass der Zwischenbericht für viele in der Region eher enttäuschend war. Schauen Sie sich mal an, was netto zum Strukturwandel im Rheinischen Revier geschrieben wurde: Das umfasst eine DIN-A4-Seite, und das ist in der Tat leider etwas dünn. Ich mache das niemandem zum Vorwurf. Ich weiß sehr wohl, dass das die Arbeitsweise der Kommission betrifft. Ich weiß auch, dass unsere Partei in der Bundesregierung beteiligt ist. Wir müssen die Probleme jedoch effektiv angehen. Deswegen, Frau Brems, ist es gut, dass wir jetzt auch im Landtag und in einer breiteren Öffentlichkeit anfangen, diese Projekte und Ideen miteinander zu beraten und zu diskutieren – all das, was die Kommission vor dem Hintergrund ihres Arbeitsauftrages vielleicht auch gar nicht leisten konnte.

Deswegen, Frau Brems, besteht unsere zweite Übereinstimmung darin, dass viele in der Region die „Sowieso-Projekte“ – so nennen Sie es in Ihrem Antrag – kritisiert haben. Das ist richtig. Das sind Projekte, die in der Pipeline sind; ich nenne nur mal die Rheinquerung bei Wesseling oder die FH in Erftstadt. Diese Projekte haben wir in der Region völlig unabhängig von der Frage entwickelt, ob es einen Strukturwandel

gibt oder nicht. Die Leute fühlen sich natürlich verschaukelt, wenn wir solche Dinge zu Papier bringen, obwohl man weiß, dass dies mit der Kernsache nicht viel zu tun hat.

Ich stimme Ihnen auch darin zu, dass wir uns mehr Gedanken über eine Förderkaskade machen müssten. Wir tun so, als ob alle gleich wären, obwohl es natürlich kernbetreffene Gebiete und weniger betroffene Gebiete gibt. Wenn man eine Batteriefabrik in Euskirchen baut – im letzten Plenum hatten Sie, Herr Minister, das Beispiel für Euskirchen angeführt –, kann man natürlich sagen, dass das auch etwas mit dem Rheinischen Revier zu tun habe. Der Arbeitnehmer aus Grevenbroich wohnt aber schon 60 km von Euskirchen entfernt. Ob das also alles so genau auf das Kerngebiet des Rheinischen Reviers fokussiert ist, ist fraglich.

Der letzte Punkt, in dem wir übereinstimmen, Frau Brems, ist die Tatsache, dass kein Bergmann ins Bergfreie fallen soll. Es ist gut, dass wir in der Frage, wie solche Transformationsprozesse gestaltet werden, einen so breiten Konsens in diesem Hause haben. Das sollte nicht verloren gehen.

Jetzt will ich aber auch zu den Punkten kommen, Frau Brems – wenn Sie gestatten und auch ein bisschen zuhören; ich habe Ihnen vorhin ja auch zugehört –, bei denen unsere Unterschiede deutlich werden.

Ihr Vergleich mit OWL – man müsse alles nur so machen wie die anderen und auf Digitalisierung setzen, dann werde das schon funktionieren – zeigt mir, dass Sie in Ihrer Fraktion leider wenig Vertreter mit direktem Bezug zum Rheinischen Revier haben.

**(Norwich Rübe [GRÜNE]: Das hat doch niemand gesagt! –
Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])**

– Frau Brems hat vorhin gesagt, wir sollten das nach dem Vorbild von OWL angehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie hat auch den Vergleich zum Ruhrgebiet gezogen und gesagt, man hätte dort viel zu lange geschlafen und hätte das viel früher machen sollen.

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Da hat sie doch recht!)

– Nein, da hat sie nicht recht, und ich will Ihnen auch darlegen, warum. Wie das Ende der Steinkohle zustande gekommen ist, hatte ganz wesentlich damit zu tun, dass dieser Energieträger in unserem Land hochsubventioniert war und die Gesellschaft irgendwann gesagt hat: Das wollen wir so nicht mehr mittragen; stattdessen wollen wir lieber in andere Zukunftschancen investieren.

Bei der Braunkohle ist das grundsätzlich anders. Die Braunkohle ist hochwettbewerbsfähig; sie ist wettbewerbsfähiger als Erdgas. Sie steht unsubventioniert auf dem Markt.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Wir diskutieren politisch aus Klimaschutz- und anderen Gründen, dass wir bei der Stromerzeugung früher aus der Braunkohle heraus wollen. Das ist ein fundamentaler Unterschied. Da wird doch deutlich, dass hier ein Verweis auf OWL nicht ausreicht. Sie setzen sich in Ihrem Antrag zu wenig mit der Struktur der Braunkohlenregion auseinander. In Ihrem Antrag steht: Das sind ja nur 9.000 Arbeitsplätze. Dann rechnen wir das mal klein, und dann wird das schon nicht so schlimm werden, mit Vorruhestandsregelungen usw.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Becker?

Guido van den Berg (SPD): Sehr gerne.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Kollege van den Berg, Sie haben eingangs ausgeführt, dass Sie unter anderem auch das Verbindende sehen wollen. Jetzt haben Sie aber gesagt, dass sich die Braunkohle wesentlich von der Steinkohle in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit unterscheidet. Ich kenne die unterschiedlichen Zahlen. Würden Sie mir denn wenigstens insoweit recht geben, als die Ewigkeitslasten, die es selbstverständlich auch bei der Braunkohle geben wird, bis heute nicht ordentlich abgebildet sind, und dass sich die Wirtschaftlichkeit nur noch auf Kosten Dritter – zum Beispiel der Umwelt, der Bevölkerung etc. – rechnerisch und betriebswirtschaftlich darstellen lässt, das Ganze volkswirtschaftlich aber ganz anders aussieht?

Guido van den Berg (SPD): Herr Becker, ich glaube, Sie verkennen, dass es auch in diesem Bereich einen großen Unterschied zwischen Braunkohle und Steinkohle gibt. Bei der Steinkohle werden wir über viele Generationen, wahrscheinlich für die Ewigkeit, menschliche Maßnahmen durchführen müssen, um Wasserhaushalte und Grundwasserstöcke in Ordnung zu halten. Das ist bei der Braunkohle erkennbar nicht der Fall.

(Zuruf von der FDP: Sehr richtig!)

Der Braunkohlebergbau, Herr Becker, ist dort seit 70 Jahren in Betrieb. Wir wissen, dass dort das Grundwasser zurückkommt. Sie können im Südrevier beobachten, was da in der Vergangenheit geschehen ist. Es gibt nur sehr kleine Bereiche – nämlich genau meine Heimat, die Erftaue –, in denen wir dauerhaft Pumpleistung vorhalten müssen. Deswegen halte ich es für unredlich, den Vergleich zwischen Braunkohle und Steinkohle an dieser Stelle zu ziehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich glaube, Sie müssen sich als grüne Fraktion intensiver mit der Region auseinandersetzen. Diese Region – das habe ich vorhin versucht, auszuführen – ist von energieintensiver Industrie geprägt. Die drei IHKen in dem Bezirk haben uns vorgerechnet, dass über 90.000 Menschen direkt mit den energieintensiven Betrieben zu tun haben. Das sind 5,4 % der Beschäftigten in dieser Region. Von jedem dieser Arbeitsplätze hängen zwei weitere Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen ab. Das macht am Schluss über 250.000 Beschäftigte, die insgesamt 32 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaften. Das ist nicht Klein-Klein. An Ihrem Antrag ärgert mich, dass Sie sich dieser Herausforderung nicht stellen.

(Beifall von der FDP)

In Ihrem Antrag formulieren Sie, Herr Becker, zudem, dass die Strompreise durch das Braunkohleende sinken würden. Den volkswirtschaftlichen Kurs müssen Sie mir mal zeigen! Wenn das Angebot knapper wird, sinken die Preise – wo haben Sie das denn gelernt, und welchen Gutachter haben Sie da aufgetrieben, der so einen Unfug in die Welt setzt?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich empfehle Ihnen dringend, mit den Betroffenen zu reden. Reden Sie mit der Hydro in Grevenbroich, die Aluminium produziert. Die sagt Ihnen sehr deutlich, dass sie Angst und Sorgen hat, wie sich die Strompreise entwickeln. Reden Sie mit Vinnolit in Hürth bei mir im Rhein-Erft-Kreis, die im Kunststoffbereich unterwegs sind. Ich glaube, hier müssen die Grünen mehr Verantwortung übernehmen.

Da stimme ich mit Frau Plonsker völlig überein. Frau Brems, ich glaube, Sie waren auch auf der Tagung der IG BCE, bei der Vertreter von Triton und der Bank Merrill Lynch als Investoren aufgetreten sind und eines sehr deutlich gesagt haben: Was die Politik für erfolgreichen Strukturwandel gewährleisten muss, ist vor allen Dingen Planbarkeit und Verlässlichkeit. – Wie Sie sich jedoch bei Ihren eigenen Entscheidungen, die Sie im Rahmen der Leitentscheidung getroffen haben, vom Acker machen, ist ein Beweis dafür, dass Sie der Verantwortung für das Rheinische Revier nicht gerecht werden.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Sie schlagen in Ihrem Antrag ferner vor, beim Thema „Flächen“ sollten nicht ungebremst Flächen für Gewerbe, Industrie und Wohnbebauung ausgewiesen werden. Damit dies gelingt, schlagen Sie eine Verteilung über die Bezirksregierung und eine regionale Wirtschaftsförderungsagentur vor. Das macht mir deutlich: Sie haben mit keinem einzigen der Bürgermeister oder Stadträte vor Ort gesprochen. Die werden sich freuen, wenn künftig die Bezirksregierungen für diese Themen zuständig sind und nicht mehr sie selber.

Die Bürgermeister und die Region sagen sehr deutlich: Wir brauchen dringend Flächen, um einen präventiven Strukturwandel betreiben zu können. – Hier reicht es nicht aus, auf Kraftwerksstandorte zu warten; denn wenn die erst mal abgeräumt sind, ist das Kind schon in den Brunnen gefallen und die Beschäftigung an diesen Standorten weg. Wir müssen jetzt handeln, damit diese Dinge funktionieren, und dürfen nicht warten, bis das Kind im Brunnen liegt!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Sie haben auf die E-Mobilität verwiesen. Sie sind ja beim Thema „StreetScooter“ auch intensiv unterwegs, Herr Becker. Wenn Sie mit den Menschen dort darüber sprechen, was sie für eine Batteriezellenfabrik oder für einen Fertigungsstandort benötigen, sagt Ihnen jedes dieser Industrieunternehmen: Das Minimum ist eine Freifläche von 25 ha, die entsprechend in Gewerbeindustrie überführt werden muss. – Sie müssen den Kommunen vor Ort konkret helfen. Es reicht nicht, zu sagen: „Da gibt es irgendeinen

Beauftragten bei der Bezirksregierung“, sondern es muss konkrete Flächen geben, die vor Ort angeboten werden können.

Meine Damen und Herren, was ich am Antrag der Grünen gut finde – auch das will ich betonen –, ist der Fokus auf Natur und Lebensraum. Die Bergleute im Rheinischen Revier haben zwei Produkte. Das eine Produkt ist die Kohle, und das andere die Landschaft, die sie hinterlassen.

Hier, Frau Brems, tun Sie der Region unrecht. Sie schreiben in Ihrem Antrag: „Abgebaggerte naturschutzwürdige Wälder können nicht durch Renaturierung und Wiederaufforstung ... hergestellt werden.“

(Zuruf von der FDP: Dann waren sie noch nie da! – Gegenruf von den GRÜNEN)

Das ist falsch; das ist schlichtweg falsch. Ich beginne mal mit der Forstwirtschaft. Schauen Sie sich einmal die Ertragstafel von Ihrem geliebten Hambacher Forst an, der übrigens nicht Hambacher Wald heißt, sondern Hambacher Forst, weil es ein forstwirtschaftliches Gebiet ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der FDP: Genau!)

Auf dieser forstwirtschaftlichen Ertragstafel, die von eins bis fünf reicht, hat der Restforst von Hambach eine Einstufung von zwei bis drei. Die Rekultivierung auf der Sophienhöhe liegt klar über der Stufe eins. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen. Gleichzeitig sage ich Ihnen: Schauen Sie sich auch mal den Artenreichtum auf den rekultivierten Flächen an. Auf der Sophienhöhe gibt es 1.200 Tierarten und über 800 Pflanzenarten.

Darunter befinden sind auch 90 Tierarten, die auf der sogenannten Roten Liste stehen – fünf davon galten in NRW sogar als ausgestorben. Es gibt 80 Pflanzenarten, die auf der Roten Liste gestanden haben, davon galten drei als in NRW ausgestorben. Ich empfehle Ihnen: Gehen Sie nicht nur zu den Baumhäusern. Machen Sie sich lieber ein umfangreicheres Bild über die Situation in der Region.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Ein alter Restwald hat natürlich für Altwaldspezialisten eine besondere Bedeutung, und dass Sie zum Beispiel eine Bechsteinfledermaus bei einer Rekultivierung nicht sofort ersetzen können, ist selbstredend. Aber auch hier lade ich Sie herzlich ein: Kommen Sie mit mir mal in das Südliche Revier. Kommen Sie nach Liblar, nach Brühl oder nach Erfstadt,

(Zuruf von **Mehrdad Mostofizadeh** [GRÜNE])

und Sie werden feststellen, dass Sie dort diese Altwaldspezialisten – inklusive der heißgeliebten Bechsteinfledermaus, die in den Rekultivierungsgebieten wieder anzutreffen ist – alle wiederfinden. Schauen Sie sich das Ganze genauer an.

Wenn Sie der Region vorschlagen, sie solle die Restseen künftig nur so behandeln, dass das quasi ein Beitrag für Pumpspeicherlösungen ist, glaube ich auch hier, dass Sie mit der Region zu wenig gesprochen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieses Thema ist in der IRR intensiv diskutiert und untersucht worden. Es gibt dazu sogar Studien aus dem Umweltministerium – Herr Becker, Sie werden sich vielleicht daran erinnern.

(Zuruf von **Josef Hovenjürgen** [CDU])

Ich sage es sehr deutlich: Die Menschen in der Region wollen natürlich, dass eine hochwertige Landschaft an sie zurückgegeben wird. Die Diskussion über Betonbecken auf Halden – ob das technisch überhaupt möglich ist und ob es ökologisch und landschaftspolitisch gewollt ist – müssen Sie deshalb mit der Region führen. Das dürfen Sie nicht einfach in einem Antrag reinrotzen – wenn ich das mal umgangssprachlich formulieren darf.

Meine Damen und Herren, es geht an dieser Stelle auch darum, sich einmal anzuschauen, wie andere Regionen vorgegangen sind. Der Osten hat bei dem Thema „Restseen“ intensive Vernetzungskonzepte von ehemaligen Tagebauseen betrieben. Wir haben in Inden eine große Diskussion darüber geführt, dass der Restsee vergrößert werden müsse, um noch mehr Kommunen als Anrainer dorthin zu bringen. Ich sage mal ganz selbstkritisch: Dort wurde daran gedacht, dass jede Kommune ihren Yachthafen bekommt. Wenn wir Ökologie ernstnehmen, Frau Brems, können wir gerne darüber diskutieren, was mit den neuen Restseen in Garzweiler und mit Hambach passieren muss. Ich würde mir dort Flachwassergebiete wünschen, in denen bestimmte Pflanzen- und Tierarten heimisch werden können, die ebenfalls vom Aussterben bedroht sind. Auch damit müssten Sie sich beschäftigen und das angehen, was die Rekultivierung hierbei leisten kann.

(Beifall von **Josef Hovenjürgen** [CDU])

Meine herzliche Bitte: Schauen Sie sich nicht nur den Hambi an. Ich lade Sie mal auf die Sophie ein, und dann schauen Sie sich die Gebiete dort an. Wir müssen aufhören, dieser Region unrecht zu tun.

(Beifall von **Josef Hovenjürgen** [CDU])

Wir haben große Potenziale, den Strukturwandel dort gemeinsam zu gestalten. Dazu gehört aber – und auch hier stimme ich mit Frau Plonsker überein –, dass es zu kurz gegriffen ist, alles nur noch auf die Frage zu reduzieren: Werden die Klimaschutzziele erreicht – ja oder nein? Wir leben in einer hochkomplexen Industriegesellschaft, die nicht nur die Frage des Ob klären muss, sondern vor allen Dingen die Frage des Wie.

(Zurufe von den GRÜNEN und der CDU)

Wir müssen die Frage klären, wie man solche Prozesse demokratiekonform gestalten kann, und, Herr Rüsse, was mit den Betroffenen passiert, damit man ihnen ordentliche Antworten geben kann. Hinweise auf Blockchain oder auf „OWL und alles wird digital“ reichen nicht, um bei den Menschen Vertrauen für einen gelingenden Strukturwandel zu erreichen. Wir stehen in der Verantwortung, und ich hoffe sehr, dass wir im Fachausschuss mit Ihrem Antrag, aber auch mit den Anträgen, die wir heute noch beraten, eine breitere Diskussion hinbekommen. Klar ist; Was die Kommission in

Berlin bislang vorgelegt hat, reicht aus unserer Sicht nicht aus. Dort geht es im Kern um einen Deal, nämlich um einen Deal zwischen dem Konzern und dem Staat über die Ablösung für einen früheren Braunkohleverstromungsausstieg. Herr Minister Pinkwart, wir müssen dringend hinbekommen, dass es ein Deal mit der Region und mit den Menschen wird. Das ist das, was uns an dieser Stelle wichtig ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr van den Berg. Lassen Sie mich sagen: Der eine Ausdruck war mir zu umgangssprachlich. Sie wissen, welchen ich meine.

(**Guido van den Berg** [SPD]: Ich habe für die CDU gesprochen!)

– Das habe ich gemerkt. Ich würde aber ein bisschen mehr Sensibilität walten lassen; denn ich glaube, wir unterstellen keiner Fraktion, dass sie irgendetwas in einen Antrag – nun ja – hineintut. Wir kommen zum nächsten Redner. Es spricht für die FDP-Fraktion Herr Brockes. Bitte schön.

* * *